

sungsrechtliche Stellung und die politische Rolle des preußischen Staatsrates wird der Leser ebenso zuverlässig informiert wie über die Organisation der parlamentarischen Arbeit im Landtag.

Möller hat sich für eine systematische und gegen eine chronologische Gliederung entschieden. Das gibt dem Werk einen handbuchartigen Charakter, aber es nimmt ihm zugleich die innere Spannung und erschwert die Lesbarkeit. Der Verf. behandelt den Volksentscheid gegen die Regierung Braun vom Sommer 1931, bevor er auf den Kapp-Lüttwitz-Putsch von 1920 eingeht; er erörtert erst die Auseinandersetzungen um eine Ausweitung der Weimarer zur Großen Koalition 1928/29 und dann die Schwerpunkte der Gesetzgebungsarbeit in den mittleren 20er Jahren. Für einen Leser, der die Materie nicht sehr gut kennt, ist diese Vorgehensweise einigermaßen verwirrend.

Über manche Urteile des Verf. wird man streiten können. Das gilt für seine ausgesprochen konventionelle Behandlung der Revolution von 1918/19 wie für sein Urteil, die Ablösung des Reichswehrministers Gustav Noske im Frühjahr 1920 sei ein »schwerer Fehler« gewesen. Eindeutig falsch ist die Behauptung des Autors, die SPD habe das Kabinett Brüning bereits im Sommer 1930 »im allgemeinen toleriert«, und seine These, die Sozialdemokraten trügen ein »gerüttelt Maß an Mitschuld« an der Auflösung des Reichstages im Juli 1930, läßt sich schwerlich halten. Es genügt ein Blick in die Akten der Reichskanzlei, um sich vom wahren Sachverhalt zu überzeugen: Brüning lehnte die Verständigung mit der durchaus kompromißbereiten SPD kategorisch ab.

Hinter die Hauptthese des Verf. wird man zumindest ein Fragezeichen setzen müssen. Gewiß: Preußen war bis 1932 das parlamentarische Musterland der Weimarer Republik, und von der Reichs-SPD unterschied sich die preußische Sozialdemokratie unter Otto Braun durch ein höheres Maß an staatspolitischem Verantwortungsbewußtsein. Aber daß die SPD in den letzten Jahren der Republik immer mehr in die Defensive geriet, lag nicht zuletzt an ihrem »Bollwerk Preußen«. Sie mußte Brüning tolerieren, weil sie Braun nicht stürzen durfte. Zu dieser Politik gab es keine vernünftige Alternative, aber der Preis war hoch: Die Passivität der SPD beim »Preußenschlag« vom 20. Juli 1932, als Papen Braun absetzen ließ, war *auch* eine Folge der 20 Monate währenden Tolerierungspolitik.

Das republikanische Preußen, von dem Möller handelt, war das *pays légal*. Das *pays réel* sah anders aus, und von ihm ist in diesem Buch nur am Rande die Rede. Bei allen Meriten der hier angezeigten Studie: Das Werk über Preußen in der Weimarer Republik bleibt noch zu schreiben.

Heinrich August Winkler, Freiburg i. Br.

M. J. Daunton (Ed.), Councillors and tenants: local authority housing in English cities, 1919–1939 (= Themes in Urban History. General Editor: Derek Fraser), Leicester University Press 1984, XI, 223 S., Ln., £ 22.00.

Die Entstehung des modernen Wohlfahrtsstaates hat seit dem Ersten Weltkrieg bis heute in England und nicht nur hier stadtgesehichtlich mit am nachdrücklichsten ihre Spuren im kommunalen und sozialen Wohnungsbau (council housing) hinterlassen. Dieses Thema ist durch seine fächerübergreifende Aspektvielfalt für den Sozialhistoriker von besonderem Reiz. Dies hängt nicht zuletzt mit dem Doppelcharakter von Häusern und Wohnungen als marktabhängigen Wirtschaftsgütern einerseits und einer Art sozialpolitischer »Versicherungsprämie« für eine stabile Gesellschaft und die wirtschaftliche Leistungsbereitschaft und -fähigkeit ihrer Mitglieder andererseits zusammen. Zugleich angesiedelt im Bereich von Kommunalverwaltung und kommunaler Parteipolitik, von Sozialpolitik, städtischer Sozial- und Wirtschaftsstruktur, von Bauwirtschaft und Arbeitsmarkt, von lokaler Steuerpolitik, Kapitalmarkt und Subventionen, von Stadtentwicklungsplanung, Architektur, Bautechnik und baulichem »Design« und eingebettet in das spannungsvolle Verhältnis zwischen

»central government«, repräsentiert durch das »Ministry of Health«, und »local authorities«, vermittelt das Thema kommunale Bautätigkeit einen umfassenden und exemplarischen Einblick in die britische Stadtgeschichte des 20. Jahrhunderts. Der vorliegende Sammelband bietet in dieser Richtung drei informative und quellennah gearbeitete »Fallstudien« über Stadtregionen mit unterschiedlichem ökonomischen und sozialen Gepräge: die Grafschaft Durham (Robert Ryder), Leeds (Robert Finnigan) und Bristol (Madge Dresser). Der Herausgeber des Bandes, M. J. Daunton, verweist mit Nachdruck darauf, es genüge nicht mehr, sich auf die nationale Wohnungsbaupolitik, wie sie in Westminster und Whitehall konzipiert wurde, zu konzentrieren. Vielmehr gehe es darum, die lokalen Umsetzungen der staatlichen und gesetzlichen Rahmenvorgaben in der Zwischenkriegszeit näher zu untersuchen. Er schlägt deshalb in seiner Einleitung die Brücke von der nationalen Ebene der Einführung der Mietenkontrolle 1915, der verschiedenen »Housing Acts« (Addison 1919, Chamberlain 1923, Wheatley 1924, Greenwood 1930) und der 1933 einsetzenden umfassenden Slumsanierungspolitik hin zu den Forschungsergebnissen der drei Regionalstudien.

Unter der zentralen Frage nach den vielfältigen und weitreichenden Konsequenzen staatlicher Intervention auf dem Häuser- und Wohnungsmarkt seit dem Ersten Weltkrieg und der anschließenden Rekonstruktionsperiode mit ihrem ambitiösen Schlagwort »Homes fit for Heroes« gewinnt eine auf den ersten Blick scheinbar so spröde Materie in den drei Beiträgen anschauliche Nähe, lebendiges Lokalkolorit und eine oft verblüffende Aktualität.

Die kommunale Verwaltung wurde mit der kurzfristigen Übernahme neuer Funktionen als Landaufkäuferin, Bauherrin, Hauseigentümerin und Vermieterin ohne entsprechende Vorbereitung oder personelle Ausstattung mit enormen bürokratischen Schwierigkeiten konfrontiert und dadurch zugleich in ein Spannungsfeld konträrer Zielvorgaben und Erwartungen hineinmanövriert, die beim besten Willen nicht auf einen Nenner zu bringen waren und deshalb je nach politischer Zusammensetzung der »town councils« unterschiedliche Prioritätssetzungen erzwangen: auf der einen Seite der kommerzielle Ruf nach sorgfältiger Kostenkalkulierung, Rentabilität und sparsamem Umgang mit den Kommunalsteuern und den staatlichen Subventionen, auf der anderen die sozialpolitische Forderung nach einem Mindeststandard von Hygiene, Ästhetik, Wohnkomfort und Lebensqualität bei tragbaren Mieten auch für die unteren Einkommensschichten der Arbeiterschaft. Das zähe Ringen um die zusätzliche »gute Stube« (»parlour«) als unverzichtbaren Ausweis gehobener bürgerlicher Wohnkultur legt eindringlich Zeugnis von den Zielkonflikten ab. Die jeweilige Baukonjunktur, die Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt, Preisbewegungen für Materialkosten und die Abhängigkeit vom Kapitalmarkt waren weitere zentrale Orientierungsdaten, an denen die Kommunen ihre Bautätigkeit ausrichten mußten.

Mit dem Kauf, der Erschließung und der Bebauung kommunalen Bodens waren nicht nur Bauunternehmer oder auch Arbeiter im direkten Kontraktverhältnis (direct labour), Architekten und Stadtplaner gefordert, veränderte sich doch das Gesicht der britischen Städte in der Zwischenkriegszeit etwa durch die »garden cities« oder die »suburbanization« grundlegend; hier ging es weit darüber hinaus um die – in der Regel ungenügende – Bereitstellung von zusätzlichen Geldern für die notwendige Infrastruktur der neuen Stadtteile (Schulen, Sport- und Spielplätze, Krankenhäuser, Vergnügungstätten, Einkaufszentren, Gasthäuser, zentrale Heizkraftwerke) und ihre preisgünstige verkehrsmäßige Anbindung an die City und an die Arbeitsplätze. Zu einem Problem der städtischen Sozialgeographie, architektonischer Phantasie, funktionaler Grundrißplanung und Raumordnung, das die Kommunen in ihrer Mehrheit ebenfalls nicht in den Griff bekamen, gehörte der wichtige Aspekt sozialen Wohnens. Wiederum sollten sich Bebauungsdichte und -struktur der neuen Kommunalsiedlungen gleichzeitig an den Prinzipien kostendeckender Wirtschaftlichkeit, moderner Hygiene mit viel Licht und Sonne und dem obligaten »kleinen Gärtchen« sowie der Pflege eines gesunden Sozialmilieus mit leicht erreichbaren Kommunikationszentren, Nachbarschaft und Geselligkeit ausrichten. Bau- und Mietsubventionen im sozialen Wohnungsbau im Inter-

esse der Einkommensschwachen waren nicht nur eine Herausforderung an den behördlich über den Miet- und Hypothekenzins reglementierten privaten Wohnungsmarkt, sondern auch ein Stück staatlicher Einkommens- und Umverteilungspolitik und insofern ein ständiges Ärgernis für die wohlhabenderen kommunalen Steuerzahler. Dabei ergab sich allerdings für die Bewohner von Kommunalwohnungen die etwas absurde Situation, daß sie gleichzeitig ihren (subventionierten) Mietzins (*rent*) und Kommunalsteuern (*local rates*) zu entrichten hatten.

Zahlreiche Photos, Graphiken, Tabellen und Statistiken illustrieren zusätzlich die anregenden und überzeugenden Ergebnisse dieser lesenswerten Aufsatzsammlung.

*Bernd-Jürgen Wendt, Hamburg*

William J. Barber, *From New Era to New Deal. Herbert Hoover, the Economists, and American Economic Policy, 1921–1933* (= *Historical Perspectives on Modern Economics*), Cambridge University Press, Cambridge etc. 1985, pp. XII, 237, clothbound, \$ 39.50.

Over the past decade, American historians have undertaken a major reevaluation of the role of Herbert Hoover in American economic thinking. No longer viewed as a stand pat, negative politician, Hoover has been portrayed as a dynamic leader of the American economy in the 1920s and a prophet of the dangers of big government that emerged from the reforms of the New Deal in the thirties. Yet one must be impressed by the disjuncture between Hoover the dynamic, innovative activist in the Commerce Department and Hoover the hunkered-down, embattled president of the Depression. In looking at the evolution of Hoover's thinking about the role of government in the economy and comparing Hoover's views to those of prominent American economists, William Barber has tried to reunite the two Hoovers and explain how the one was transformed into the other.

In the first part of the book, Barber provides further documentation to what is becoming the conventional wisdom – that as a government activist, Hoover was a leader in expanding the role of the government as a regulator and stabilizer of the American economy. Going beyond this, Barber notes that Hoover was sympathetic to the few academic economists who supported what would come to be called Keynesian counter-cyclical spending policies. Barber's central theme in this section is that in contrast to the vast majority of academics, Hoover managed to escape from the confines of traditional, classical liberal thinking and envision a government that would expand spending, defend high wages and promote private investment in order to smooth out the business cycle.

While other historians have focused on the limits of Hoover's economic vision, Barber emphasizes that in the twenties Hoover talked about taking the government further along the road to active economic stabilization than most of the economists who were later to be so critical of him. With the onset of the depression in 1929, Hoover put most of his plans into action. He encouraged state and local governments to spend more on essential public works, called on public utilities and railroads to increase their capital investments and was largely successful in inducing industry to hold wages up. The problem, as Barber so nicely puts it, was that Hoover wanted to »[...] cushion the shocks by stimulating others to spend« (p. 82). He refused to let the Federal government take on the role of spender of last resort and by 1931 the local governments, utilities, railroads and private industry had all come to the end of their resources. It was this failure to spend that led Hoover to go down in history as one of the most unpopular presidents that the United States has ever had.

In his discussion of Hoover's policies in the Depression, Barber covers familiar ground. But he adds a new and interesting twist in his interpretation of those policies. He notes that un-